Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 87. Donnerstag den 27. März 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

An unserer **Realschule II. Ordnung** ist zu Ostern dieses Jahres die Stelle eines Oberlehrers für den Unterricht **im Französischen und Englischen** mit einem Gehalte von 2000 ℳ jährlich zu besetzen. Akademisch gebildete Bewerber, welche die Facultas für Oberclassen besitzen und bereits längere Zeit als Lehrer an einer höheren Schule thätig gewesen sind, wollen sich unter Einreichung von Zeugnißabschriften und eines Lebenslaufes bis zum **5. April a. c.** bei uns melden.

Leipzig, den 15. März 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lehnert.

Bekanntmachung.

Die **Expeditionsräume** der **Tiefbauverwaltung** auf dem Rathhause bleiben behufs Reinigung **Freitag, den 28. laufenden Monats** geschlossen.

Leipzig, am 22. März 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Eichorns.

Bekanntmachung.

Das von uns am 26. Februar d. J. zur anderweiten Vermiethung versteigerte, bisher an Herrn Kaufmann Seydewitz vermiethet gewesene **Verkaufsgewölbe im Erdgeschoß des Börsengebäudes** an der Ecke des Salzgäßchens und Naschmarktes (Rathhausseite) ist **vermiethet**; es werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Bieter in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen ihrer **Gebote** hiermit **entlassen**.

Leipzig, den 22. März 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Stöß.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Expeditionslocale wird
Mittwoch, den 26., und
Donnerstag, den 27. März c.,
nur Vormittags von 8—11 Uhr expedirt.

Leipzig, den 24. März 1884.

Das Königliche Standes-Amt.
Dir. Julius Burckhardt.

Submission.

Zum Neubau des Rathhauses in Lützen
sollen folgende Arbeiten und Lieferungen im Wege öffentlicher Submission vergeben werden:

1) Steinmetzarbeiten und Materialien,
2) Lieferung von 300 Mille Hintermauerungssteinen,
3) „ „ 80 Mille Klinkersteinen,
4) „ „ 50 Mille porösen Vollsteinen,
5) „ „ 120 Tonnen Cement und 100 Tonnen hydraulischem Kalk,
6) Lieferung von schmiedeeisernen Trägern und gußeisernen Säulen.

Die Zeichnungen und Bedingungen liegen im Magistratsbüreau zu Lützen täglich in den Geschäftsstunden aus. Copien der letzteren können gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten dort entnommen werden. Offerten sind an das genannte Büreau, versiegelt und portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen,

bis zum Donnerstag, den 3. April cr., Vormittags 11 Uhr,

einzusenden, um welche Zeit sie dort in Gegenwart der erschienenen Submittenten geöffnet werden sollen.

Lützen, den 26. März 1884.

Der Magistrat.
Große.

Nichtamtlicher Theil.

Das Papstthum und Rom.

Zum zweiten Male innerhalb weniger Jahre wird von Rom aus die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig sei, daß der Papst die ewige Stadt verlasse, und wiederum sieht sich die Curie zu dem Geständniß genöthigt, daß der Gedanke der freiwilligen Verbannung noch gar nicht ernstlich erwogen worden ist, daß der Papst nach wie vor in Rom bleiben wird. Der „Osservatore Romano" hat den Zweck, welcher die Verbreitung des grundlosen Gerüchtes veranlaßt hat, mit anerkennenswerther Offenheit eingestanden: es sollte ein Druck auf die italienische Regierung ausgeübt werden, daß sie dem Papste noch mehr Rechte einräume als bisher, und zugleich sollte durch die Androhung der Abreise des Papstes ein moralisches Gegengewicht gegen das Urtheil des italienischen Gerichtshofes in Sachen der Propaganda geschaffen werden. Bei dieser Gelegenheit hat sich aber gezeigt, daß die Drohung mit der Verlegung des päpstlichen Domicils eine Waffe ist, deren häufiger Gebrauch ihre Schärfe abnutzt. Das Papstthum würde durch die Verlegung seines Wohnsitzes nach einem anderen Orte sehr viel von seinem Zauber verlieren, und das Schwinden des Nimbus würde auch seiner Macht Gefahr bringen. Der „Osservatore Romano" prahlt, daß der Ort, welchen der Papst zum Aufenthalt wähle, Mittelpunct der Welt sein werde, Rom aber werde seine ganze Größe einbüßen. Es käme auf den Versuch an. Der erste Theil der Behauptung würde mit einer entsprechenden Abschwächung theilweise in Erfüllung gehen, die Nutzanwendung auf Rom aber würde ausbleiben, es würde offenbar werden, daß Rom als Sitz der italienischen Regierung und als der Ort einer großen Vergangenheit, als eine unerschöpfliche Fundgrube für künstlerische Bestrebungen auch ohne den Papst seine Anziehungskraft bewähren würde.

Die Vertreter der Partei, welche die weltliche Macht des Papstes wiederherstellen möchte und die in der politischen Bedeutung des Papstthums seine Natur und sein eigentliches Wesen erblicken, sind in dem Irrthum befangen, daß sich diese Bedeutung auch in Zukunft wird aufrecht erhalten und vielleicht noch erweitern lassen; sie vergessen, daß die politische Macht des Papstthums sich in dem Maße verringern muß, in welchem die Aufklärung und Bildung der Massen fortschreitet. In Italien ist der politische Einfluß des Papstes bei Weitem geringer als im Auslande, beispielsweise in Deutschland, und das kommt daher, weil man dort in der Lage ist, die Wirksamkeit der Kirche als politischer Institution in nächster Nähe zu beobachten, sie auf ihren Werth zu prüfen und Vergleichungen zwischen sonst und jetzt anzustellen. In Italien hat diese Beobachtung auch auf die Religiosität nachtheilig eingewirkt, nirgends ist die Eidesverweigerung bei der großen Menge und der Atheismus so weit verbreitet wie in Italien, und erst seitdem die weltliche Macht des Papstthums aufgehört hat, ist ein Stillstand, theilweise sogar ein Rückgang dieser gefährlichen Bewegung eingetreten. Weil man den wahren Sinn der Drohung mit der Abreise des Papstes in Rom sehr wohl kennt und richtiger als anderswo beurtheilt, deshalb haben die Mittheilungen der Pariser Blätter über die bevorstehende Abreise des Papstes in Rom nur Lächeln und Achselzucken erregt, man wußte ganz genau, daß der Papst niemals freiwillig Rom verlassen wird, und daß er, wenn er jemals zu einer Veränderung seines Wohnsitzes seine Zuflucht nehme, er damit der Macht des Papstthums den größten Schaden zufügen würde. Die Zeiten von Avignon sind vorüber. Damals wurzelte die Institution noch in der Volksseele, sie war die Trägerin einer bestimmten Stufe der Culturentwickelung, während heute nur noch die Macht des factischen Besitzes, die Thatsachen als solche ihre Bedeutung geltend machen und geschickte Politiker daraus Nutzen für ihre Zwecke ziehen.

Als vor zwei Jahren die Kunde durch die Welt ging, daß der Papst Rom verlassen wolle, da machte sie einiges Aufsehen und gewann dadurch noch an Interesse, daß eine deutsche Stadt als zukünftiger Wohnort des Papstes in Aussicht genommen wurde. Man sprach von Fulda und ging bereits alles Ernstes daran, die Vortheile in Erwägung zu ziehen, welche sich für diese süddeutsche Stadt aus dem Domicilwechsel des Papstes ergeben würden. Nur von diesem Gesichtspuncte aus wurde die Nachricht betrachtet, aber nicht nach der weltgeschichtlichen Seite hin, weil in dieser Beziehung nicht ein Aufgang, sondern nur ein Niedergang der päpstlichen Macht zu verzeichnen gewesen wäre. An dem Eindruck, welchen die Wiederholung des Fühlers hervorgebracht hat, läßt sich der gegenwärtige Stand der Macht der römischen Kirche messen. Die Nachricht des „Monde" wurde von Anfang an als ein Curiosum aufgefaßt, aber nicht als ein Factum, aus welchem sich Folgen für die allgemein politischen Verhältnisse ergeben würden. Der „Off. Rom." sagt, „Der Papst im Exil und umherirrend würde den Enthusiasmus selbst der unempfindlichsten Völker hervorrufen und diese zu großherzigen Unternehmungen antreiben; das Unglück käme dann über Jene, die den Papst zum Verbannten und Herumirrenden gemacht haben." Diese Tiraden würden mit Stillschweigen übergangen werden können, aber der Schluß, welcher lautet: „Eben deshalb überschreitet der Papst nicht die Schwelle des Vaticans", fordert eine Entgegnung heraus. Der Papst verläßt deshalb die Schwelle des Vaticans nicht, weil er weiß, daß er an jedem anderen Orte, den er zum Aufenthalt wählt, nicht als ein gern gesehener Gast, sondern als ein Gegenstand der Verlegenheit betrachtet werden würde.

Rom und Papst sind zwei Begriffe, welche durch das Alter und die historische Bedeutung ihrer Zusammengehörigkeit Berechtigung für diese beanspruchen, während die Loslösung des Papstthums von Rom nur als Beweis der Unhaltbarkeit dieser Institution aufgefaßt werden könnte. Man weiß das im Vatican ebenso gut und besser als anderswo, und deshalb erscheint die Auffrischung des Gerüchtes von der bevorstehenden Abreise des Papstes aus Rom um so unbegreiflicher. Die Vertreter der römischen Kirche in Deutschland, die Herren Windthorst und Genossen, werden schwerlich von dem neuesten vaticanischen Schachzuge sehr erbaut gewesen sein; denn er ist nicht geeignet, den beiden Anträgen, welche Windthorst im deutschen Reichstage und im preußischen Landtage eingebracht hat, Vorschub zu leisten. So lange der Papst in Rom ist, repräsentirt er eine Macht, nicht nur eine kirchliche, sondern auch eine politische, das hat der Besuch des deutschen Kronprinzen am 8. December v. J. im Vatican bewiesen. Damals waren die Augen der Welt nach Rom gerichtet, aber nicht in erster Linie des Papstes wegen, sondern wegen der erlauchten Person des ihn aufsuchenden Fürsten. Man denke sich, daß Leo XIII. statt des Vaticans Fulda zu seinem Aufenthaltsort erwählt hätte, und man wird aus dem veränderten Eindruck auf den Schaden schließen können, welcher der päpstlichen Macht erwüchse, wenn Leo XIII. den Vatican verläßt und nach einem andern Wohnort übersiedelt. Man spricht stets von der großen Klugheit der vaticanischen Politiker. In diesem Falle scheinen sie der alten Ueberlieferung, welche von ihrer Klugheit berichtet, untreu geworden zu sein, sie würden sonst den Vatican als den zweckmäßigsten und politisch werthvollsten Aufenthaltsort des Papstes unangetastet gelassen haben. *

Leipzig, 27. März 1884.

* Der „Deutsche Reichsanzeiger" veröffentlicht folgenden Allerhöchsten Erlaß:

Zu Meinem Geburtstage am 22. März, mit dem Ich durch Gottes Gnade das 87. Lebensjahr vollendet habe, sind Mir wiederum wie in früherem Jahren aus allen Gauen des Reichs, selbst vom Auslande her, wo Deutsche wohnen, zahlreiche Glückwünsche dargebracht worden. Gemeinden und andere Körperschaften, Festversammlungen und Vereine, Anstalten und einzelne Personen haben sich angelegen sein lassen, Mir Beweise freudiger Theilnahme zu geben. In Adressen und Telegrammen, in dichterischen und musikalischen Erzeugnissen, in sinnigen Geschenken und herrlichen Blumenspenden habe Ich zu Meiner innigen Freude den Ausdruck der Gesinnungen und Gefühle erkannt, welche das Herz des Volkes für mich erfüllen. Unter dem erhebenden Eindruck einer so weitreichenden Bewegung ist Mir, umgeben von einem Kreise erlauchter deutscher Fürsten, die Wiederkehr Meines Geburtstages zu einem beseligend wohlthuenden Ereigniß geworden. Hochbeglückt durch solche bewegte Zeichen lauterer Anhänglichkeit, ist es Mir ein Bedürfniß, Meinen verbindlichsten Dank für alle die liebevollen Aufmerksamkeiten und Huldigungen auszusprechen, mit denen Ich von nah und fern begrüßt worden bin. Aus ihnen entnehme Ich zu Meiner Genugthuung aufs Neue die frohe Ueberzeugung, daß die ganze Nation in aufrichtiger Vaterlandsliebe, ohne Rücksicht auf politisches und religiöses Bekenntniß, in der Treue zu Kaiser und Reich fest und einig zusammenhält. Gehoben und gestärkt durch dieses Bewußtsein, wird es wie bisher die schönste Aufgabe Meines Lebens sein, die Wohlfahrt Meines geliebten deutschen Volkes in friedlicher Arbeit fort und fort zu festigen und zu fördern. Möge Gott Mir Weisheit und Kraft dazu verleihen, möge Mein ernstes Streben in dieser Fürsorge Meinem theuren Vaterlande zum Heil und Segen gereichen!

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 25. März 1884.

Wilhelm.

An den Reichskanzler.

* In der unter dem Vorsitze des Staatsministers von Boetticher am 24. März abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen die Vorlagen, betreffend die Prüfung der Maschinisten auf Seedampfschiffen; die Beschlüsse des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen wegen Vereinigung des Katasters, Ausgleichung der Grundsteuer und Fortführung des Katasters. In Betreff des Tabakverlustes durch Fäulniß in den Trockenräumen wurde gemäß dem Antrage der Ausschüsse beschlossen, daß der Verlust an Tabak durch Fäulniß in den Trockenräumen — die sogenannte Dachfäule — nach Maßgabe der Ziffer 2 des §. 9 des Tabaksteuergesetzes vom 16. Juli 1879 zu behandeln sei. Die Versammlung genehmigte in der von dem Landesausschusse von Elsaß-Lothringen beschlossenen Fassung die Entwürfe von Gesetzen für Elsaß-Lothringen, betreffend die Anlage und Unterhaltung von Feldwegen, die Ausführung des Reichsgesetzes zur Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit; die Feststellung des Landeshaushalts-Etats für 1884/85; die Gewährung von Pensionen an in den Ruhestand tretende Religionsdiener. Schließlich wurden für die Berathungen im Reichstage Commissarien gewählt.

* Es geht uns folgende Erklärung zu:

Die am 23. März 1884 in Heidelberg zur Besprechung über die politische Lage versammelten Mitglieder der nationalen und liberalen Partei in Baden, der deutschen Partei in Württemberg, der nationalliberalen Richtung in Bayern diesseits und jenseits des Rheins, der hessischen Fortschrittspartei und der nationalliberalen Partei der Provinz Hessen-Nassau fanden sich, im Anschluß an das nationalliberale Parteiprogramm vom 29. Mai 1881, durchaus einig in der Beurtheilung der allgemeinen Verhältnisse des deutschen Reiches und der Stellung der nationalen und liberalen Landesparteien Süddeutschlands zu den wichtigsten Tagesfragen. Sie betrachten die Kräftigung des Reiches und die Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Volkes auf dem bundesstaatlichen Boden der Reichsverfassung nach wie vor als ihre vornehmste Aufgabe. Insbesondere werden sie unablässig für die Erhaltung einer starken deutschen Heeresmacht eintreten und kein nothwendiges Opfer scheuen, um die Unabhängigkeit des Vaterlandes allen Wechselfällen gegenüber sicher zu stellen. Mit der ganzen Nation theilen sie die hohe Befriedigung über die zeitgemäße Politik des deutschen Reiches und die großen Erfolge der Friedensbestrebungen des Reichskanzlers. Sie billigen die auf eine erhöhte Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Classen gerichteten Bestrebungen des Reichskanzlers und unterstützen vorbehaltlich einer sorgfältigen Prüfung der einzelnen Maßregeln die Reichsregierung in ihren Bemühungen, die sociale Lage der arbeitenden Classen zu verbessern. Sie hoffen, daß das Unfallversicherungsgesetz noch in der gegenwärtigen Session des Reichstags zu Stande kommt. Ihren liberalen Traditionen treu, werden sie alle einzelne Reactionsversuche bekämpfen und namentlich die Rechte des Reichstags, falls deren Minderung versucht werden sollte, entschieden vertheidigen. Für die Aufrechterhaltung des gleichen Stimmrechts werden sie eintreten. Die Zollgesetzgebung des deutschen Reichs betrachten sie vorerst in ihren wesentlichen Grundlagen als abgeschlossen und halten gegenwärtig eine systematische Anfechtung derselben für nachtheilig und gefährlich. Dies schließt jedoch eine durch die Erfahrung begründete Aenderung einzelner Zolltarifbestimmungen ebensowenig aus, als die Berücksichtigung neu hervortretender Bedürfnisse des Verkehrslebens. In vollem Maße würdigen sie namentlich die gegenwärtige Lage der deutschen Landwirthschaft, und werden unbefangen die aus der Nothwendigkeit der Erhaltung dieser wichtigen Grundveste unseres Volkes hervorgehenden Anforderungen prüfen. Sie erkennen in der Aufrechthaltung der Ordnung und eines gesicherten Rechtszustandes die erste Pflicht des Staates, werden bereitwillig der Reichsregierung die zur Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe erforderlichen Machtmittel gewähren, und erachten deshalb die Verlängerung des Socialistengesetzes für dringend geboten. Durch höhere Besteuerung der Börsengeschäfte, durch Erhöhung der Branntweinsteuer unter Wahrung der Interessen besonders der kleineren landwirthschaftlichen Brennereien, sowie durch eine bessere Regelung der Zuckersteuer könnten die Mittel gewonnen werden, um in erster Reihe schwerer drückende Steuern anderer Art zu erleichtern. Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz halten sie in vielen Beziehungen für mangelhaft und eine Revision desselben, unter voller Aufrechthaltung der Freizügigkeit, für geboten. Eine Verschmelzung mit anderen Parteien ist nach ihrer Ansicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen durch die Verschiedenheit der Beurtheilung entscheidender Tagesfragen ausgeschlossen. Die liberalen Landesparteien Süddeutschlands werden ihre bisherige unabhängige Stellung als Vertreter der Anschauungen großer Bevölkerungskreise nach allen Seiten hin festhalten.

Unterzeichnet ist die Erklärung von den Reichstagsabgg. Dr. F. A. Buhl, Dr. Grieb, Klumpp, Mahla, Dr. Marquardsen, Roppel, Dr. Schreiner, den bayerischen Landtagsabgg. Dr. Aub, Brünings, Dr. Eug. Buhl, Dr. Deinhard, Jul. Müller, Fr. W. Müller, Thelson, den württembergischen Landtagsabgg. Dr. Lentz und von Wolff, den badischen Landtagsabgg. Kiefer, Lamey, Mays und anderen angesehenen Männern aus dem Süden und Westen des Reichs. — Am selben Tage hat in Frankfurt a. M. eine Landesversammlung der (auf dem Boden der nationalliberalen Partei stehenden) hessischen Fortschrittspartei stattgefunden, welche fast einstimmig den Beschluß faßte: „Die hessische Fortschrittspartei lehnt den Beitritt zur deutschfreisinnigen Partei ab". Mit der Begründung: „Die hessische Fortschrittspartei sieht in der Fusion nur eine Verstärkung der deutschen Fortschrittspartei im Sinne einer grundsätzlichen Opposition gegen die Socialpolitik des Fürsten Reichskanzlers und gegen die von ihm beabsichtigte Festigung des Reichs und wirthschaftliche Unabhängigkeit".

* Der Reichstag wird voraussichtlich am nächsten Donnerstag sich bis über Ostern vertagen. Mit der Beendigung der ersten Lesungen der vorliegenden Gesetzentwürfe ist seine Arbeit vorläufig gethan, und es fällt jetzt der Schwerpunct der weiteren Thätigkeit in die Commissionen. Es ist indessen sehr fraglich, ob es gelingen wird, die Commissionen noch längere Zeit beisammen zu halten. Die Reihen der Abgeordneten haben sich bereits in den letzten Tagen so stark gelichtet, daß die Plenarsitzungen aufs Dürftigste besucht waren. Erfahrungsgemäß ist es äußerst schwer, die Commissionen beisammen zu halten, wenn das Plenum auseinander geht, und es steht daher in Aussicht, daß in den nächsten Tagen die Thätigkeit des Reichstages überhaupt erlischt, um erst nach Ostern wieder aufgenommen zu werden. Wünschenswerth wäre es freilich, wenn die Commissionen noch so lange arbeiten wollten, daß der Reichstag gleich nach Ostern wieder Material vorfindet.

* Dem Reichstag sind die Verträge mit Belgien über den gegenseitigen Schutz von Werken der Literatur und Kunst und den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle zugegangen. Bisher hatten verschiedene deutsche Staaten derartige Verträge mit Belgien, andere standen in keinem solchen Vertragsverhältniß. Die jetzt zum Abschluß gekommene Literarconvention schafft ein einheitliches Vertragsrecht in Uebereinstimmung mit der französisch-deutschen Convention vom Jahre 1883. Insbesondere wird dadurch auch die in den bisherigen Verträgen vorgeschriebene Eintragungsförmlichkeit beseitigt. Durch das Uebereinkommen über den Schutz der gewerblichen Muster und Modelle werden die deutschen Urheber in Belgien und die belgischen Urheber in Deutschland in allen Beziehungen gleichgestellt.

* Noch viel zu wenig wird vom deutschen Volke die national-polnische Bewegung in der Provinz Posen beachtet, die seit einigen dreißig Jahren, anfangs langsamer und unbemerkbar, in der letzten Zeit aber schneller und mit einer gewissen Intensität, einen großen Theil der polnischen Bevölkerung der wichtigen deutschen Ostmark ergriffen hat. Meisterlich haben es die Leiter dieser polnischen Bewegung verstanden, die Welt über ihre Ziele zu täuschen und dem deutschen Volke Sand in die Augen zu streuen. Während die polnischen Organe fort und fort heftige Klagen über angebliche Germanisirung führten, so daß viele Deutsche ein gewisses Mitleid mit der „edlen" polnischen Nation hatten, hat der polnisch-katholische Klerus in aller Stille eine stattliche Reihe deutscher Dörfer in der Provinz Posen ganz oder theilweise polonisirt und viele andere Ortschaften, die seit langer Zeit deutsch waren, zweisprachig gemacht. Die deutsche Bevölkerung Posens ist seit fünfzehn Jahren wahrscheinlich nicht nur nicht gewachsen, sondern sogar zurückgegangen. Leider fehlen uns genaue statistische Angaben über das Wachsthum der Polen und Deutschen. Seit 1867 ist bei keiner Volkszählung mehr nach der Nationalität der Bewohner Posens gefragt worden, wahrscheinlich um nicht ein allzu starkes Anschwellen der Polen constatiren zu müssen. Starken Vorschub erhält die polnische Bewegung, die leider auch die Polen Westpreußens ergriffen und sogar mit den Wasserpolen Oberschlesiens Fühlung gesucht hat, durch die zahlreichen polnischen Vereine, die sich über die ganze Provinz Posen erstrecken und sich zusehends vermehren. Ueber diese Vereine wird der „Schlesischen Zeitung", die über die polnische Bewegung recht gut informirt ist, Folgendes geschrieben: „Zwei der polnischen Vereine, die über ganz Deutschland verbreitet sind, der landwirthschaftliche Centralverein und der Verband der bäuerlichen Vereine, bezwecken wesentlich die Förderung der materiellen Wohlfahrt; zwei andere dagegen: der Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend und der Volksbibliothekenverein, haben es sich zur Aufgabe gestellt, „die moralische und intellectuelle Entwickelung der polnischen Gemeinschaft zu fördern" Wenn nun auch in diesen Vereinen nicht geradezu Politik getrieben wird, so ist doch der Gedanke, welcher ihnen zu Grunde liegt und immer und überall zur Geltung gelangt, der national-polnische. Auch bei den polnischen landwirthschaftlichen Vereinen tritt derselbe deutlich genug zu Tage; von den deutschen landwirthschaftlichen Kreisvereinen sondern sie sich geflissentlich ab, weil sie nicht allein die Landwirthschaft in Posen fördern, sondern auch specifisch polnische Interessen verfolgen wollen. Von ganz besonderer Bedeutung für die polnisch-nationale Propaganda sind die bürgerlichen Vereine, deren es in der Provinz Posen circa 140 giebt; ihre Leiter sind meist polnische Adelige oder Geistliche, welche die Vereine natürlich ganz nach ihrem Willen lenken und sich mit Hülfe derselben einen außerordentlichen Einfluß auf die gesammte polnische Bauernschaft zu sichern wissen. Wenn Manche glauben, der polnische Bauer erkenne die ihm von der preußischen Regierung erwiesenen Wohlthaten an und sei im Grunde des Herzens preußisch gesinnt, so ist das eine sehr optimistische Anschauung; der polnische Bauer unterliegt durchaus dem Einflusse des polnischen Adels und des polnischen Klerus; durch die Abstimmungen der Bauern bei den politischen Wahlen wird dieses Factum zur Genüge constatirt. Die Fortschritte des Polenthums bei den letzten Reichstags- und Landtagswahlen sind zum großen Theil den bäuerlichen Vereinen zu danken, deren Aufgabe äußerlich allerdings in der Förderung der Landwirthschaft und in der Wahrung der Interessen des Bauernstandes besteht. Der Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend hat die Aufgabe, jungen Polen aus den mittleren Ständen, die zur Erlangung einer höheren wissenschaftlichen Ausbildung, insbesondere zum Besuch der Universität erforderlichen Geldmittel zu gewähren. Dieser Verein verfügt jährlich über ca. 70,000 ℳ Der Volksbibliotheken-Verein, welcher aus dem vor mehreren Jahren geschlossenen Volksbildungsvereine hervorgegangen ist, verfolgt dasselbe Ziel wie dieser, d. h. die Bildung des niederen Volkes im polnisch-nationalen Sinne. Zu diesem Behufe hat er in den Städten und Dörfern der Provinz Posen bereits einige Hundert kleine Bibliotheken angelegt."

* Der König von Schweden und Norwegen ist in Stockholm mit großer Begeisterung empfangen worden. An einer Stelle standen viele Mitglieder der Zweiten Kammer zusammen, an diese richtete König Oskar ungefähr folgende Worte: „Dank, herzlichen Dank für Euren freundlichen Empfang. Ich kann nicht Euch allen die Hand reichen. Ja, meine Herren, ich habe gethan, was ich als Unionskönig für die beiden Reiche als das Beste ansah, ohne den Vortheil eines der Reiche bei Seite zu setzen. Die Kammern des Reichstages haben nicht an meinen Beschlüssen theilnehmen können; was ich aber gethan habe, das habe ich aus gutem Herzen und aus aufrichtiger Ueberzeugung gethan, und ich hoffe, daß auch das schwedische Volk es als solches auffaßt."

* Betreffs der schon in diesen Blättern angedeuteten Vermehrung der italienischen Feldartillerie verlautet, daß die Absicht besteht, eine gewisse Anzahl von Feldbatterien neu zu errichten und diese der Kostenersparniß halber den schon existirenden Regimentern und Brigaden (Abtheilungen) zuzuweisen, nicht aber neue, höhere Einheiten aufzustellen.

* Aus Portorico wird der Tod des Generals Baez, Expräsidenten von San Domingo, gemeldet.